

- Es gilt das gesprochene Wort! -

Mirco Zschoch
Rede zum Haushaltsplanentwurf 2015

Anrede,

der Entwurf für den Haushaltsplan 2015 setzt die Fehlentwicklungen der vergangenen Jahre konsequent fort und ist daher für uns nicht zustimmungsfähig.

1. Solide Haushaltsführung setzt Transparenz voraus

Private Unternehmer sind verpflichtet, ihre Jahresabschlüsse zeitnah zu erstellen. Börsennotierte Unternehmen müssen sogar innerhalb von 90 Tage nach Ende des Geschäftsjahres einen von einem Wirtschaftsprüfer testierten Jahresabschluss vorlegen.

Wie sieht es bei der Stadt Burgdorf zum Ende des Jahres 2014 aus? Der letzte Jahresabschluss, der dem Rat vorgelegt wurde, stammt aus dem Jahr 2009. Jahresabschlüsse 2010, 2011, 2012 und 2013 – Fehlanzeige!

Anrede,

würde sich ein Unternehmer wie die Stadt Burgdorf verhalten, wäre er schon längst mit der Justiz in Konflikt geraten und hätte eine Geldstrafe zahlen müssen.

Seit Beginn dieser Ratsperiode vor drei Jahren fordert die CDU von der Verwaltung eine unterjährig Berichterstattung – also eine Information über die Entwicklung von Einnahmen und Ausgaben im laufenden Jahr.

Anrede,
was wir für die Stadt Burgdorf fordern, ist für jeden
Handwerksbetrieb nicht nur eine betriebliche
Selbstverständlichkeit, sondern für das Überleben eines
Unternehmens auch unerlässlich. Risiken können so frühzeitig
erkannt und Gegensteuerungsmaßnahmen rechtzeitig ergriffen
werden.

Unsere Hartnäckigkeit in dieser Frage scheint ja nun Früchte zu
tragen. Daher freuen wir uns, dass dieses wichtige Instrument, das
in vielen Kommunen schon seit mehreren Jahren zum Einsatz
kommt, im kommenden Jahr nun auch endlich in Burgdorf Realität
werden soll.

2. Im Haushaltsentwurf 2015 und dem Investitionsprogramm schlummern zahlreiche Risiken und ungedeckte Schecks

- Steigerung der Personalkosten
Für die Finanzplanung der Jahre 2016 bis 2018 gehen Sie
lediglich von einer jährlichen Tarifsteigerung von 1% aus. Das
ist aus unserer Sicht viel zu optimistisch geplant, wenn man die
aktuellen Verhandlungsabschlüsse zum Maßstab nimmt.
- Sanierungsbedarf für die städtischen Gebäude wird verschleiert

Im Schulausschuss kusierte in einer der letzten Sitzungen, dass
sich der Sanierungsstau in den städtischen Gebäuden auf 60

Mio. € summiere. Ich weiß nicht, wo diese Zahl herkommt, aber sie wurde von der Verwaltung auch nicht dementiert. Jeder, der mit offenen Augen durch unsere Stadt geht, weiß, dass viele Gebäude in einem sanierungsbedürftigen Zustand sind. Ich verweise nur beispielhaft auf unsere Rathäuser. Leider findet sich das in Ihrer Planung nicht wieder. Niemand verlangt, dass Sie uns die exakte Höhe des Sanierungsbedarfes darstellen. Das ist in der Tat nicht leistbar. Aber einfach zu sagen, das, was wir nicht beziffern können, lassen wir einfach unter den Teppich fallen, ist unsolid und führt zu einem unrealistischen Bild unserer tatsächlichen Vermögenslage.

- Beispiel IGS

Bei der Entscheidung haben alle Ratsmitglieder, die sich für eine IGS-Gründung ausgesprochen haben, um die Frage der Finanzierbarkeit herumgedrückt. Die CDU hat ausdrücklich gefordert, zunächst die Kosten zu beleuchten. Sie haben den Eindruck erweckt, dass uns eine IGS-Gründung nichts kosten wird. Jetzt werden mal so nebenbei hier 50.000 € für Whiteboards, dann mal eben 50.000 € für bauliche Maßnahmen in den Haushalt aufgenommen. Mit Spannung warten wir schon auf das Ergebnis der Machbarkeitsstudie im Januar 2015.

Anrede,
gerade beim Beispiel IGS wird deutlich, dass Sie, verehrte Kollegen von SPD, Grünen und WGS Politik nach demselben Muster betreiben, wie mein vierjähriger Sohn Spielzeugkataloge anschaut: „Papa ich wünsche mir dies, das und jenes.“ Über die finanziellen Auswirkungen macht sich mein Sohn natürlich keine Gedanken, genau wie Sie!

Wenn ich dann auf die Kosten hinweise, hat mein Sohn natürlich einen unschlagbaren Vorteil: er kann mit gutem Gewissen auf den Kostenträger Weihnachtsmann verweisen. Von Ihnen muss ich mir dann anhören, dass es Ihnen auf den Keks gehe. Sie können aber kein gutes Gewissen haben, wenn Sie dann mal eben die Steuerschraube etwas fester anziehen und dem Steuerzahler noch tiefer in die Tasche greifen.

Anrede,

der Schuldenstand der Stadt Burgdorf belief sich zu Beginn dieser Ratsperiode im Jahr 2011 auf gut 15 Mio. €. Das war eine Pro-Kopf-Verschuldung von ca. 500 €. Im Vergleich zu vielen anderen Städten und Gemeinden ist das kein schlechter Wert. Allerdings bereitet uns die zukünftige Entwicklung große Sorgen. Nach Ihren Planungen steigt die Verschuldung der Stadt bis 2018 auf gut 57 Mio. €. Die Pro-Kopf-Verschuldung steigt von 500 € auf 1.900 €, also fast eine Vervierfachung!

Anrede,

das sind keine Schauermärchen sondern Zahlen aus Ihrem Haushaltsentwurf 2015.

Die Kommunalaufsicht hat schon bei der Genehmigung des Haushaltes 2014 festgestellt, dass die Kreditverpflichtungen mit der dauernden Leistungsfähigkeit nicht mehr im Einklang stehen.

Anrede,

mit der steigenden Verschuldung wächst natürlich auch die jährliche Zinsbelastung. Im Jahr 2018 werden wir fast eine Million Euro mehr an Zinsen bezahlen müssen als 2011. Nur mal zum Vergleich: Eine Million Euro entspricht in etwa dem Betrag, den wir in 8 Jahren für Sportförderung ausgeben.

Anrede,

dabei ist noch nicht berücksichtigt, dass die aktuell sehr niedrigen Zinsen in Zukunft auch mal wieder steigen könnten.

3. Zielsetzung ausgeglichener HH

Anrede,

wir entscheiden heute über den vorletzten Haushalt in dieser Ratsperiode. Für Burgdorf und die nachfolgenden Generationen hoffe ich, dass es auch der vorletzte Haushalt in Verantwortung von SPD, Grünen und WGS ist.

Leider ist bei Ihnen bis heute noch nicht die Einsicht gereift, dass wir mit Ihren Ansätzen von gestern nicht die Probleme von heute lösen können.

Ihre rot-grünen Kollegen in der Landeshauptstadt Hannover sind da schon ein Stück moderner. Dort will man jetzt mit Hilfe eines externen Beraters die Organisationsstrukturen überprüfen und Prozesse optimieren. Eine Forderung, die wir für Burgdorf schon seit mehreren Jahren gestellt haben.

Sie hingegen versuchen, mit Ihrem „Weiter so“ sich über die Zeit zu retten und die Probleme Ihren Nachfolgern zu überlassen.

Dabei wäre jetzt noch Zeit, das Ruder herumzureißen, sich fraktionsübergreifend das Ziel zu setzen, in einigen Jahren einen ausgeglichenen Haushalt zu erreichen, gemeinsam auch schmerzhaft Entscheidungen zu treffen und die städtischen Finanzen wieder in ruhiger Fahrwasser zu navigieren.

Die Versäumnisse Ihrer Politik machen die Problemlösung jedes Jahr schwieriger und das Umsteuern immer schmerzhafter.